

## **Antwort**

**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Schmude, Schäfer (Offenburg),  
Kühbacher, Bernrath, Duve, Frau Dr. Hartenstein, Jansen, Kastning, Kiehm,  
Kuhlwein, Dr. Nöbel, Dr. Penner, Reuter, Schröer (Mülheim), Tietjen, Wartenberg  
(Berlin), Dr. Wernitz und der Fraktion der SPD  
— Drucksache 10/198 —**

### **Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst**

*Der Bundesminister des Innern – D II 1 – 221 005 – 1/21 – hat mit  
Schreiben vom 7. Juli 1983 im Einvernehmen mit dem Bundesmi-  
nister der Finanzen die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:*

1. Welche unterschiedliche Entwicklung der Brutto- und Nettozüge von Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes sowie Beamten, Richtern und Soldaten tritt auf der Grundlage des Tarifvertrages vom 20. Juni 1983 und des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1983 ein?
- Besoldung und Versorgung werden ab 1. Juli 1983 um 2 v.H. erhöht, die tariflichen Anpassungen erfolgen ab 1. März 1983 in der gleichen Höhe, ab 1. Juli 1983 um 0,5 v.H. und ab 1. März 1984 um 1 v.H. höher als Besoldung und Versorgung.
- Bei der Gegenüberstellung der Brutto-Bezügeanpassung in der Besoldung und Versorgung einerseits und im Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes andererseits für die Zeit vom 1. März 1983 bis 31. August 1984 (1½-jährige Mindestlaufzeit des Tarifvertrags) errechnet sich insgesamt ein Niveau-Unterschied von etwa einem Prozentpunkt, um den der Arbeitnehmerbereich höher liegt. Hierbei wird davon ausgegangen, daß 1984 eine Anpassung über das z.Z. festgelegte Maß hinaus nicht erfolgt.

Bei einer Nettorechnung zeigt sich auch unter Berücksichtigung der steuerrechtlichen Veränderungen im Zusammen-

hang mit der Vorsorgepauschale für Beamte ab 1. Januar 1983, daß die Unterschiede geringer sind. Sie können je nach Einstufung, Familienstand und erbrachten Vorsorgeleistungen schwanken. Bei Ausschöpfung der steuerlichen Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen bestehen im allgemeinen keine nennenswerten Unterschiede zugunsten der Arbeitnehmer. Allerdings zeigt sich bei den in der Antwort zur Frage 2 angeestellten Jahreseinkommensvergleichen (Entwicklungsvergleichen), daß die Nettoabstände der Indizes zu Lasten der Beamten höher sind als die Bruttoabstände. Dies ist unmittelbare Folge der Kalenderjahresabgrenzung, die die für die Besoldung niedrigere Anpassung 1982 (zwei Monate nach Tarif) in den Basiswert einbezieht und damit schon die Bruttoindex-Abstände um 0,55 Prozentpunkte vermindert hat. An der grundsätzlichen Bewertung des Unterschieds ändert dies nichts.

— Bei der gegenwärtigen schwierigen Haushaltslage war dies nach Ansicht der Bundesregierung unvermeidbar.

2. Welche Entwicklung der Brutto- und Nettobezüge ergibt sich auf der Grundlage des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1983 sowie des Tarifvertrages vom 20. Juni 1983 in folgenden Fällen:

- Beamter A 5 (mittlerer Dienst) – Arbeiter Lohngruppe III – (beide 33 Jahre, ein Kind),
- Beamter A 7 – Angestellter VI b – (beide 33 Jahre, ein Kind),
- Beamter A 11 – Angestellter IV a – (beide 33 Jahre, ein Kind),
- Beamter A 14 – Angestellter I b – (beide 33 Jahre, ein Kind).

Zur Beantwortung können — Nachrechnung vorbehalten — kurzfristig und vorab nur vorhandene Berechnungen mitgeteilt werden. Die erbetenen Fallbeispiele müssen nachgereicht werden. Vorhanden sind Berechnungen für Beamte und Angestellte der Besoldungs- und Vergütungsgruppen

A 3	–	IX a, 29 Jahre
A 7	–	VI b, 35 Jahre
A 11	–	IV a, 37 Jahre

(jeweils verheiratet, kinderlos). Berechnet wurde auf der Grundlage der tatsächlichen Kalenderjahresbezüge (Entwicklungsvergleich brutto und netto) der Jahre 1982, 1983 und 1984. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die zweimonatige Verschiebung der Besoldungsanpassung 1982 zu einem entsprechend niedrigeren Basiswert führt (0,55 Prozentpunkte), was sich umgekehrt entsprechend günstiger bei der prozentualen Veränderung auswirkt.

Zu den Berechnungsgrundlagen wird noch vorausgeschickt: Für die Netto-Rechnung zugrunde gelegt sind Steuerabzüge (einschl. 9 v.H. Kirchensteuer, 600 DM Weihnachtsfreibetrag) nach der Jahreslohnsteuertabelle, bei den Angestellten die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, bei den Beamten eine private Krankenversicherung von jährlich 1982 = 3 250

DM, 1983 = 3 400 DM (Schätzung), 1984 = 3 500 DM (Schätzung).  
Folgende Vorhaben sind berücksichtigt, obwohl sie noch nicht rechtskräftig verabschiedet sind:

Ein Beihilfeseibstbehalt bei den Beamten der Besoldungsgruppen A 7 und A 11 für 1983 und 1984 sowie die volle Einbeziehung der Sonderzahlungen in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung bei den Angestellten für 1984. Bei den Angestellten ist ferner von den für Bund und Länder geltenden Grundvergütungen ausgegangen worden, nicht von den höheren Grundvergütungssätzen des kommunalen Bereichs.

	1982	1983	1984
<hr/>			
Beamter A 3			
brutto DM	25 539	26 172	26 403
Index	100	102,5	103,4
netto DM	19 801	20 001	20 080
Index	100	101,0	101,4
Angestellter IX a			
brutto DM	26 946	27 705	27 958
Index	100	102,8	103,8
netto DM	19 585	19 913	19 997
Index	100	101,7	102,7
<hr/>			
Beamter A 7			
brutto DM	31 019	31 792	32 071
Index	100	102,5	103,4
netto DM	24 118	24 174	24 301
Index	100	100,2	100,8
Angestellter VI b			
brutto DM	32 944	33 876	34 184
Index	100	102,8	103,8
netto DM	23 315	23 718	23 750
Index	100	101,7	101,9
<hr/>			
Beamter A 11			
brutto DM	45 165	46 311	46 720
Index	100	102,5	103,4
netto DM	35 155	35 062	35 253
Index	100	99,7	100,3
Angestellter IV a			
brutto DM	47 535	48 901	49 347
Index	100	102,9	103,8
netto DM	32 671	33 186	32 996
Index	100	101,6	101,0
<hr/>			

3. Wie sind die Fragen 1 und 2 zu beurteilen, wenn das diesjährige Tarifiergebnis des öffentlichen Dienstes auf Beamte, Richter und Soldaten übertragen wird?
4. Beabsichtigt die Bundesregierung, aus dem diesjährigen Tarifiergebnis des öffentlichen Dienstes Konsequenzen für die Besoldungs- und Versorgungsanpassung 1983 und 1984 zu ziehen?

Die Bundesregierung plant keine Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich, auch keine unmittelbaren Konsequenzen aus dem Tarifabschluß für die Besoldungsanpassung. Gleichbehandlung bedeutet nach Ansicht der Bundesregierung nicht, daß Tarifiergebnis und Besoldungsanpassung immer auf Punkt und Komma identisch sein müssen. Die Bundesregierung wird jedoch die Gesamtentwicklung sorgfältig verfolgen und darauf achten, daß der Beamtenstatus nicht durch einseitige Sonderbelastungen insgesamt Schaden leidet.

5. Wird die Bundesregierung künftig die Besoldungsanpassungen gemäß § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes jeweils vor oder nach den entsprechenden Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst vornehmen, und welche Bedeutung mißt sie diesen Tarifabschlüssen für die Besoldungsanpassung zu?

Die Bundesregierung wird ihre Entscheidungen zu gegebener Zeit treffen. Sie hält am Grundsatz der Gleichbehandlung von Arbeitnehmer- und Beamtenbereich fest.

6. Falls die Bundesregierung nicht beabsichtigt, die Tarifiergebnisse des öffentlichen Dienstes als Grundlage für die Besoldungsanpassung zu nehmen: In welcher Weise wird sie die in § 14 Bundesbesoldungsgesetz festgelegten Grundsätze objektivieren und konkretisieren?

Die Bundesregierung wird bei ihren Entscheidungen zur Besoldungsanpassung den Tarifbereich immer im Auge behalten. Auf die Antwort zu den Fragen 3 und 4 wird Bezug genommen.